

Die regionale Entwicklung des Arbeitsmarktes im Transformationsprozess Polens

Kühne, Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kühne, O. (2000). Die regionale Entwicklung des Arbeitsmarktes im Transformationsprozess Polens. *Europa Regional*, 8.2000(1), 33-42. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48258-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die regionale Entwicklung des Arbeitsmarktes im Transformationsprozess Polens

OLAF KÜHNE

Einleitung

Zum Charakteristikum der Transformationsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa zählt die Simultanität der politischen, ökonomischen und kulturellen Transformation.

In allen Transformationsstaaten Ostmittel- und Osteuropas führte die in unterschiedlichem Umfang zu beobachtende Anpassungskrise zu erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichten: Neben dem Rückgang des Sozialproduktes (Abb. 1), staatlichen Haushaltsdefiziten und hohen Inflationsraten waren insbesondere die hohen Arbeitslosenzahlen von Bedeutung.

Auch in Polen stieg zu Beginn der 1990er Jahre die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft an. Die einzelnen Wojewodschaften waren jedoch seit dem Beginn des Transformationsprozesses nicht im gleichen Maße von der Arbeitslosigkeit und ihren sozioökonomischen Folgen betroffen. Diese deutliche regionale Differenzierung legt eine starke Abhängigkeit der Arbeitslosenquoten von den regionalen Arbeitsmärkten und den sehr unterschiedlichen regionalen Wirtschaftsstrukturen nahe. Die Charakterisierung und Typisierung der verschiedenen regionalen Arbeitsmärkte in Polen stellt einen wichtigen Schritt zum Verständnis des regional unterschiedlich verlaufenden Anpassungsprozesses an die demokratisch legitimierte freie Marktwirtschaft dar.

Der polnische Arbeitsmarkt und seine räumliche Differenzierung

Aufgrund unterschiedlicher wirtschaftsräumlicher Differenzierungen setzen sich nationale Arbeitsmärkte aus regionalen (und lokalen) Arbeitsmärkten zusammen. Die regionale Differenzierung der Zahl der Beschäftigten (in den Grenzen der alten, bis zum 31.12.1998 existierenden Wojewodschaften) sowie die Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftssektoren ist in *Abbildung 2* dargestellt. Auffällig sind die großen Abweichungen von den Mittelwerten für

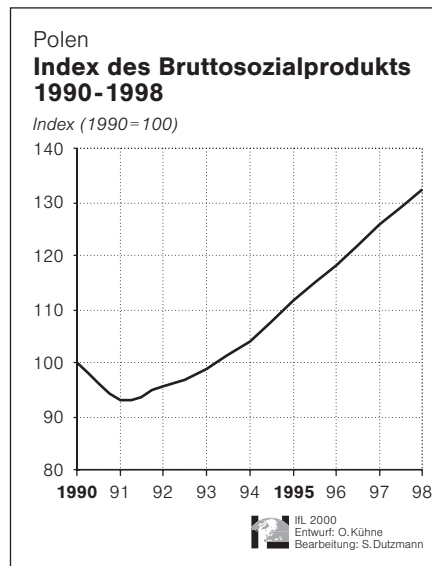


Abb. 1: Die Entwicklung des Bruttosozialproduktes bei konstanten Preisen von 1990 bis 1998 - 1990 = 100

Quelle: Główny Urząd Statystyczny 1999: LI

ganz Polen sowie die deutlichen Unterschiede in der Größe der einzelnen regionalen Arbeitsmärkte. Hohe absolute Beschäftigtenzahlen finden sich in den einwohnerstarken städtischen Wojewodschaften wie Kattowitz (Katowice, 1 527,2 Tausend Beschäftigte), Warschau (Warszawa, 1 260 Tausend Beschäftigte), Posen (Poznań, 582,9 Tausend Beschäftigte) sowie Krakau (Kraków, 561,2 Tausend Beschäftigte). Diesen stehen dünn besiedelte, ländlich geprägte Wojewodschaften mit geringen absoluten Beschäftigtenzahlen gegenüber: Die Wojewodschaft Cholm (Chełm) weist lediglich 108,1 Tausend, die Wojewodschaft Bielsk Podlaski (Biała Podlaska) 140,8 Tausend und die Wojewodschaft Łomża 150,4 Tausend Beschäftigte auf. Die Arbeitsmärkte dieser Wojewodschaften sind stark durch den primären Wirtschaftssektor geprägt, so arbeiten in der Wojewodschaft Łomża 60,4 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Jagd, in Bielsk Podlaski sind 54,9 % und in Cholm 50,0 % der Berufstätigen in der Landwirtschaft und

in der Wojewodschaft Zamość sogar 62,9 % beschäftigt. Diese starke Ausrichtung auf den primären Wirtschaftssektor birgt im Verbund mit den geringen Flächengrößen, die den einzelnen Betrieben zur Verfügung stehen, große Probleme bezüglich der Konkurrenzfähigkeit sowohl auf dem polnischen Markt als auch insbesondere auf dem Weltmarkt. Somit besteht die Gefahr künftig sehr hoher Arbeitslosenzahlen im ländlichen Raum. Dicht besiedelte, städtische Wojewodschaften haben naturgemäß einen geringen Anteil Erwerbstätiger im primären Wirtschaftssektor: Wojewodschaft Warschau 4,0 %, Lodz (Łódź) 5,9 % und Kattowitz 6,7 %. Wojewodschaften mit vielen in der Landwirtschaft Beschäftigten weisen in der Regel eine hohe Erwerbstätigenquote (Zahl der Beschäftigten pro 1000 Einwohner) auf.¹ Zurückzuführen ist dieser Sachverhalt auf die hohe Beschäftigungsquote in der privaten Landwirtschaft, in der die Bewirtschaftung durch Familienbetriebe erfolgt und so neben dem Landwirt selbst auch dessen Frau und ein Teil der Kinder beschäftigt sind.

Wojewodschaften mit einem hohen Anteil an Industriebeschäftigten finden sich vorwiegend in altindustrialisierten Regionen: Die Wojewodschaft Kattowitz (Kohle, Schwerindustrie, chemische Industrie) weist einen Anteil von 38,9 % Industriebeschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl auf. Hinzu kommt noch zusätzlich ein Anteil 8,8 % im Baugewerbe. In der Wojewodschaft Lodz arbeiten 33,7 % der Beschäftigten in der Industrie und 5,6 % im Baugewerbe und in der Wojewodschaft

¹ Zwischen der Erwerbstätigenquote und dem Anteil der im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten besteht ein positiver korrelativer Zusammenhang von $R^2 = 0,30$, bei Nichtbeachtung des Ausreißers Warschau (521,4 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner und 4,0 % Beschäftigte in der Landwirtschaft) sogar von $R^2 = 0,50$. Die Regressionsgerade hat die Formel $y = 0,2583x - 71,578$, wobei y = der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten (in % der Zahl der Erwerbstätigen) und x = Erwerbstätigenquote (Beschäftigte pro 1000 Einwohner) darstellen.

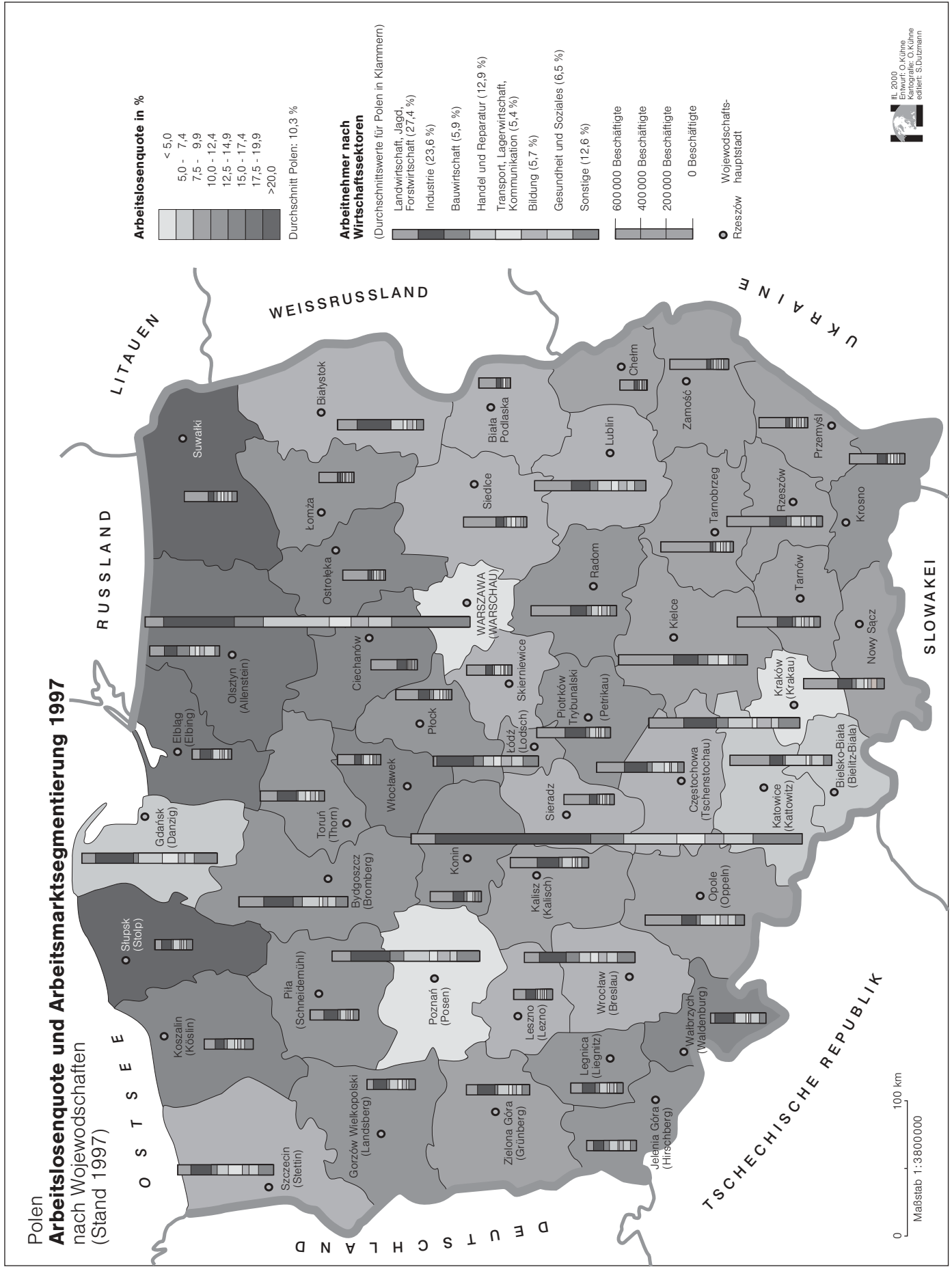


Abb. 2: Arbeitslosenquote und Arbeitsmarktsegmentierung nach Wojewodschaften für das Jahr 1997
Quelle: Główny Urząd Statystyczny 1998, S. LXVIII-LXXXV

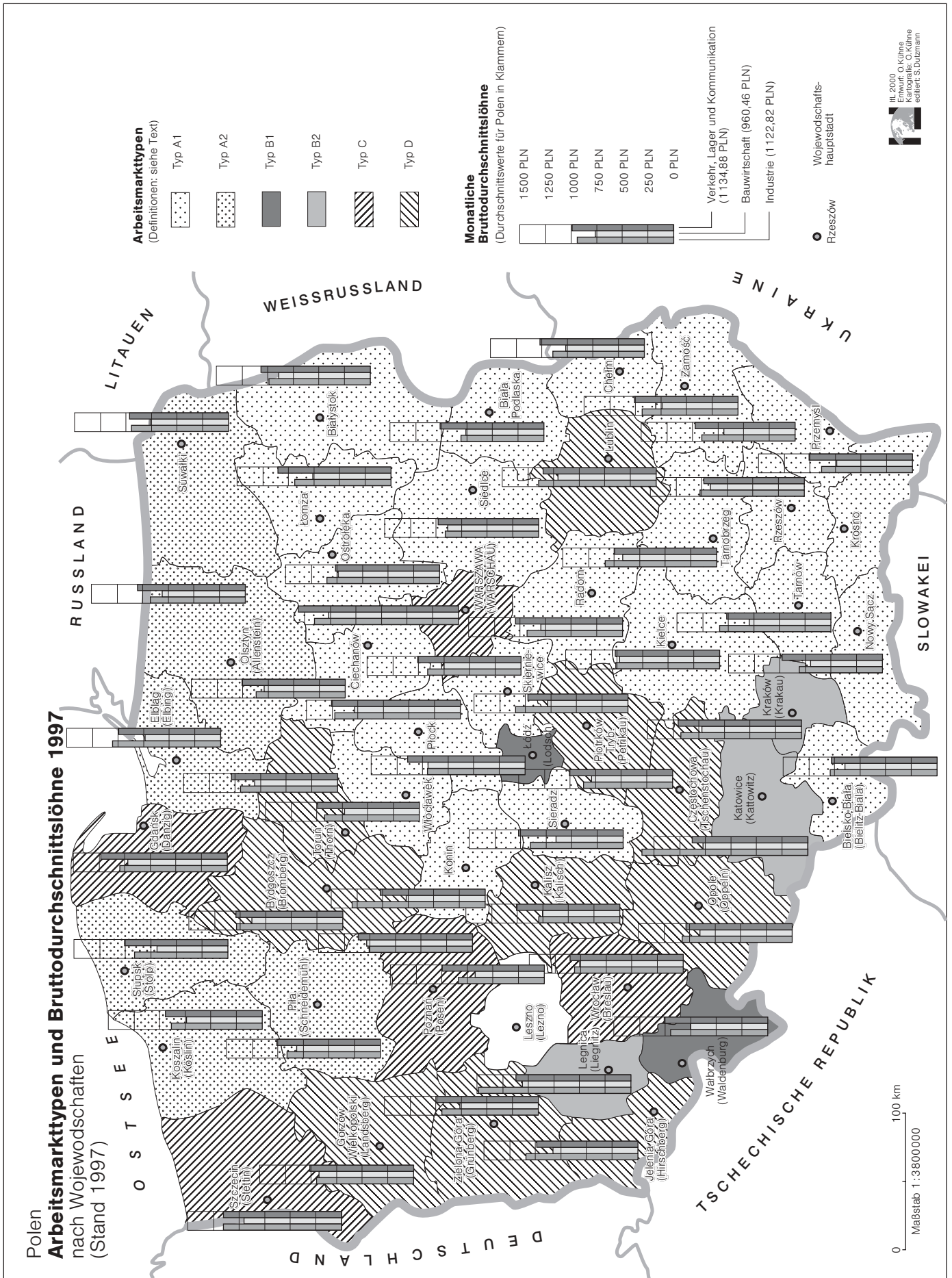


Abb. 3: Arbeitsmarkttypisierung und monatliche Bruttodurchschnittslöhne nach Wojewodschaften 1997
Quelle: eigene Berechnungen (Typisierung); Główny Urząd Statystyczny 1998, S. LXVIII-LXXXV

Wałbrzych (Waldenburg) 31,8 % in der Industrie, in der Bauwirtschaft 4,9 %. Stark landwirtschaftlich geprägte Regionen weisen geringe Beschäftigungszahlen in der Industrie auf, so liegt der Anteil der Industriebeschäftigten in der Wojewodschaft Zamość bei 9,2 %, die der Beschäftigten in der Bauwirtschaft bei 2,5 %. Im Vergleich zu landwirtschaftlich geprägten Regionen ist die Erwerbstätigenquote in stark industrialisierten Räumen gering². Die in stark (alt)industrialisierten Räumen vorhandenen Arbeitsplätze in der Industrie werden vorwiegend in männertypischen Berufen zur Verfügung gestellt (eine Ausnahme bildet hier die durch Textilindustrie geprägte Wojewodschaft Lodz), so dass Frauen einen erschwerten Zugang zu Arbeitsplätzen insbesondere in der Industrie haben. Weiterhin sind die Löhne in der Industrie verhältnismäßig hoch, so dass kein ökonomischer Zwang zur Frauenerwerbstätigkeit besteht. Zudem ergeben sich in den betreffenden Regionen keine Ersatzarbeitsplätze im primären Wirtschaftssektor wie in (privat-)landwirtschaftlich geprägten Räumen Zentral- und Ostpolens, so dass bei Arbeitsplatzverlust nicht unmittelbar eine Ersatzbeschäftigung zur Verfügung steht.

Tertiärwirtschaftliche Schwerpunkte finden sich in den dicht besiedelten städtischen Wojewodschaften, insbesondere in der Hauptstadt Warschau, wo sich die Administration und die Mehrzahl der Hauptsitze von national und international operierenden Unternehmen befinden und auch hochrangige Dienstleistungen nachfragen. Zudem ist die Zentralität der von einer Metropole oder Großstadt dominierten Wojewodschaft höher als die anderer, insbesondere ländlich geprägter Wojewodschaften. Hohe Beschäftigungszahlen im Bildungssektor werden schwerpunktmäßig von Wojewodschaften erreicht, in denen es eine Vielzahl gehobener Bildungseinrichtungen gibt. Dies gilt insbesondere für die Wojewodschaft Krakau, wo neben der Jagiellonischen Universität 37 weitere Hochschulen vorhanden sind.

Die durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhne und -gehälter für die Branchen Industrie, Bauwirtschaft sowie Transport, Lager und Kommunikation weichen regional zum Teil erheblich von den Durchschnittswerten von 1 144,82 PLN (= Polnischer Złoty, In-

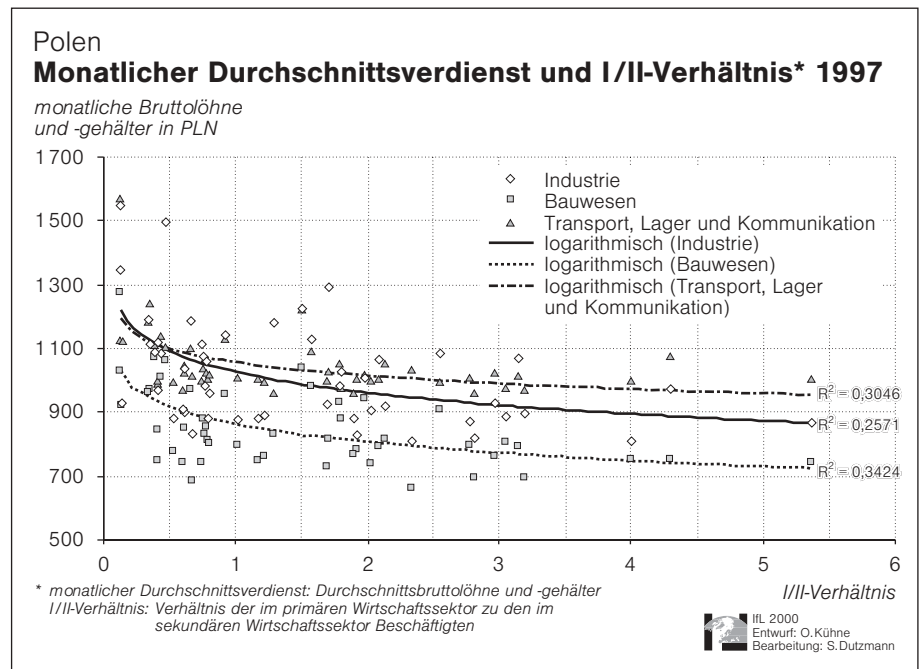


Abb. 4: Die monatlichen Durchschnittsbruttolöhne und -gehälter im Vergleich zum I/II-Verhältnis (Anteil der im primären Wirtschaftssektor im Verhältnis zum Anteil der im sekundären Wirtschaftssektor Beschäftigten) in den polnischen Wojewodschaften im Jahr 1997

Quelle: Główny Urząd Statystyczny 1998, S. LXVIII-LXXV

dustrie), 960,46 PLN (Bauwirtschaft) und 1 134,88 PLN (Transport, Lager und Kommunikation) ab (Abb. 3): Während in der Wojewodschaft Warschau in der Branche Transport, Lager und Kommunikation 1997 der Durchschnitt der Löhne und Gehälter 1 572,88 PLN betrug, erhielten die Arbeiter und Angestellten der Bauwirtschaft in der Wojewodschaft Sieradz 666,00 PLN. Die Höhe der Löhne und Gehälter ist unter anderem von der Wirtschaftsstruktur abhängig; sekundär- und tertiärwirtschaftlich geprägte, dichtbesiedelte städtische Räume weisen höhere Löhne und Gehälter in den untersuchten Branchen auf als landwirtschaftlich geprägte, ländliche Räume (Abb. 4)³. In städtischen Räumen befinden sich die Kernbereiche der Wirtschaft: Großunternehmen sowie leistungsfähige Klein- und Mittelunternehmen und hohe Marktmacht mit stabiler Nachfrage, während im ländlichen Raum in der Regel fremdbestimmte Klein- und Mittelunternehmen mit geringen Ressourcen sowie niedriger Ertragskraft und instabiler Nachfrage angesiedelt sind. Diese Unternehmen befinden sich in einem intensiven Wettbewerb. Allgemein bieten Arbeitsplätze in den Kernräumen der Wirtschaft stabile, gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Karrierechancen, insbesondere für qualifizierte Arbeitskräfte. Im Vergleich hierzu sind in den Rand-

bereichen der Wirtschaft (den ländlichen Wojewodschaften) diejenigen Beschäftigungsverhältnisse zu finden, die eine geringe Qualifikation erfordern, ein hohes Maß an Instabilität aufweisen und aufgrund der vergleichsweise geringen Produktivität und dem hohen Konkurrenzdruck eine geringe Entlohnung beinhalten (mehr zum Thema räumliche Arbeitsmarktsegmentierung findet sich bei FASSMANN und MEUSBURGER 1997).

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote stellt einen sensiblen Anzeiger für die Arbeitsmarktlage eines Staates dar und ist somit in besonderer Weise geeignet, als Grundlage zur Charakterisierung regionaler Arbeitsmärkte zu dienen.

Ein vergleichbares Bild wie die Entwicklung des Bruttosozialproduktes (Abb. 1) zeigt die der Rate der registrierten Arbeitslosen im selben Zeitraum in Abbildung 5. Festzustellen ist jedoch eine deutliche zeitliche Ver-

² Bei linearer Korrelation ergibt sich ein statistischer Zusammenhang mit einem Bestimmtheitsmaß von $R^2 = 0,29$. Die Regressionsgerade hat die Formel $y = -0,0739x + 51,967$, wobei y = der Anteil der in der Industrie Beschäftigten (in % der Zahl der Erwerbstätigen) und x = Erwerbstätigenquote (Beschäftigte pro 1 000 Einwohner) darstellt.

³ Das I/II-Verhältnis ergibt sich aus der Division der Zahl der Arbeitskräfte im primären und der Zahl der Arbeitskräfte im sekundären Wirtschaftssektor.



Abb. 5: Rate der registrierten Arbeitslosen seit 1990 in % in Polen

Quelle: Główny Urząd Statystyczny 1998, S. XXXVIII-XXXIX und Główny Urząd Statystyczny 1999, S. LXVIII

schiebung von zwei Jahren gegenüber der Entwicklung des Bruttonettoproduktes, da der konjunkturelle Aufschwung aufgrund von Produktivitätssteigerungen in der Depressionsphase erst später – und mit verminderter Intensität – am Arbeitsmarkt wirksam wird. Die Folge hiervon ist eine zunächst stark schrumpfende Arbeitsproduktivität der gesamten Wirtschaft, insbesondere in der Industrie, weil der Output rascher schrumpft als die Zahl der Beschäftigten.

Bei dem anschließenden Anstieg des Sozialproduktes und der weiter stagnierenden bzw. steigenden Arbeitslosigkeit kam es zu einem raschen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dies deutet nach OECD (1997) darauf hin, dass die Reallokation der vorhandenen Human- und Sachkapitalressourcen erheblichen Spielraum für Produktionszuwächse eröffnete. Das Maximum der Arbeitslosenzahl war in den Jahren 1993 und 1994 erreicht, in denen die Rate der registrierten Arbeitslosen bei über 15 % lag. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der freien Arbeitsplätze lag in dieser Zeit zwischen 54,2 (Juni 1993) und 112,5 Arbeitslosen pro freiem Arbeitsplatz im Dezember 1994 (KWIATKOWSKI 1995).

Im Transformationsprozess wurden zunächst diejenigen Arbeitskräfte abgebaut, die während der Zeit der Planwirtschaft nicht wirklich produktiv in den Fertigungsprozess involviert wa-

ren, das heißt im Falle eines privatwirtschaftlich agierenden Unternehmens, dass diejenigen Arbeitnehmer entlassen werden, deren Grenzproduktivität unterhalb ihres Lohns liegt. Zudem weicht die versteckte einer offenen Arbeitslosigkeit, weil negative Sanktionen des Staates verschwinden bzw. durch Arbeitslosenunterstützung ein Anreiz geschaffen wird, sich als arbeitslos registrieren zu lassen. BOSSAK (1995) weist jedoch darauf hin, dass der in Polen vielseitig differenzierte informelle Sektor zu einer sozialen Entschärfung der hohen Arbeitslosenquote beitrug, die ansonsten gesellschaftspolitisch sehr viel stärker zutage getreten wäre. Häufig bezogen die Beschäftigten des informellen Sektors auch zusätzlich Arbeitslosengeld bzw. Sozialhilfe: Unterschiedliche Autoren kommen für 1994 auf einen Anteil von 20 bis 50 % der in der Schattenwirtschaft tätigen Arbeitslosen (HEINRICH und KOOP 1996).

Generell ergibt sich mit dem Wechsel des politischen Systems und von der Plan- zur Marktwirtschaft auch synchron ein Strukturwandel der Wirtschaft: Arbeitsplätze werden in der Landwirtschaft abgebaut, zunächst schwerpunktmäßig in den Großbetrieben, der industrielle Sektorschrumpft und der Dienstleistungssektor erfährt einen Aufschwung.

Der polnische Arbeitsmarkt zeichnet sich zudem durch eine große Dynamik aus: Der Wechsel des Arbeitsplatzes wird von 6 % der Stelleninhaber angestrebt, in den Ländern der Europäischen Union liegt der Anteil bei 2 bis 5 %.

Die Preisfreigabe mit beginnender Systemtransformation führte zunächst zu einer exorbitanten Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen und verstärkte so die Inflation, welche durch eine Stabilitätspolitik abgeschwächt wurde. Daraus resultiert ein Rückgang der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, was wiederum zu Auftragsrückgängen und letztlich zur Freisetzung von Arbeitskräften führte.

Räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit

Mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Transformationsprozess änderte sich auch ihre räumliche, demographische und sozioökonomische Struktur. Während es sich in der sozialistischen Ära bei der Arbeitslosigkeit um

ein "Randgruppenphänomen" (FASSMANN 1995, S. 107) handelte, sind nun weite Bevölkerungsteile davon betroffen: angelernte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte, wobei ungelernete und angelernte Arbeiter mit dem größten Risiko konfrontiert werden, arbeitslos zu werden, auch ist bei ihnen der relative Anteil an Langzeitarbeitslosen am höchsten. Besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind junge und alte Menschen: Bei einer Verknappung der Nachfrage nach Arbeitskräften werden ältere Arbeitnehmer verdrängt, und Arbeitsverträge mit jüngeren werden nicht abgeschlossen. Insbesondere bei Frauen führt ein Teil der sinkenden Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, sondern zum Verlassen des Arbeitsmarktes. Trotzdem ist der Anteil arbeitsloser Frauen in Polen mit 60,4 % deutlich höher als der der männlichen Arbeitslosen, wobei es starke räumliche Differenzen gibt. Einen hohen Anteil arbeitsloser Frauen weisen i. d. R. stark industrialisierte Wojewodschaften auf: In der Wojewodschaft Kattowitz liegt der Frauenanteil bei den 103,7 Tausend gemeldeten Arbeitslosen bei 73,1 %, in der Wojewodschaft Posen bei 71,3 % der 20,7 Tausend gemeldeten Arbeitslosen. Die in der Krise befindliche polnische Wirtschaft setzte zunächst weibliche Arbeitskräfte frei, dies gilt sowohl für Industriebetriebe als auch für den tertiären Wirtschaftssektor. Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen ist insbesondere in den stark (privat-)landwirtschaftlichen Wojewodschaften gering, wo die Frauen traditionell im familiären Landwirtschaftsbetrieb mitarbeiten und somit auch dann nicht als arbeitslos gemeldet sind, wenn ein eventuell vorhandenes zusätzliches Arbeitsverhältnis gelöst wird, dies gilt beispielsweise für die Wojewodschaft Przemysł mit einem Anteil von 54,7 % bei den 26,4 Tausend gemeldeten Arbeitslosen. Je geringer also der Anteil des primären Wirtschaftssektors an der Zahl der Beschäftigten ist, desto höher ist die Frauenerwerbslosenquote⁴. Mit zunehmendem Anteil des industriellen Wirtschaftssektors steigt auch die Frauenerwerbslosenquote⁵.

Anfang und Mitte der 1990er Jahre ließen sich in Polen, wie auch in den anderen Transformationsstaaten, drei regionale Typen der hohen Arbeitslo-

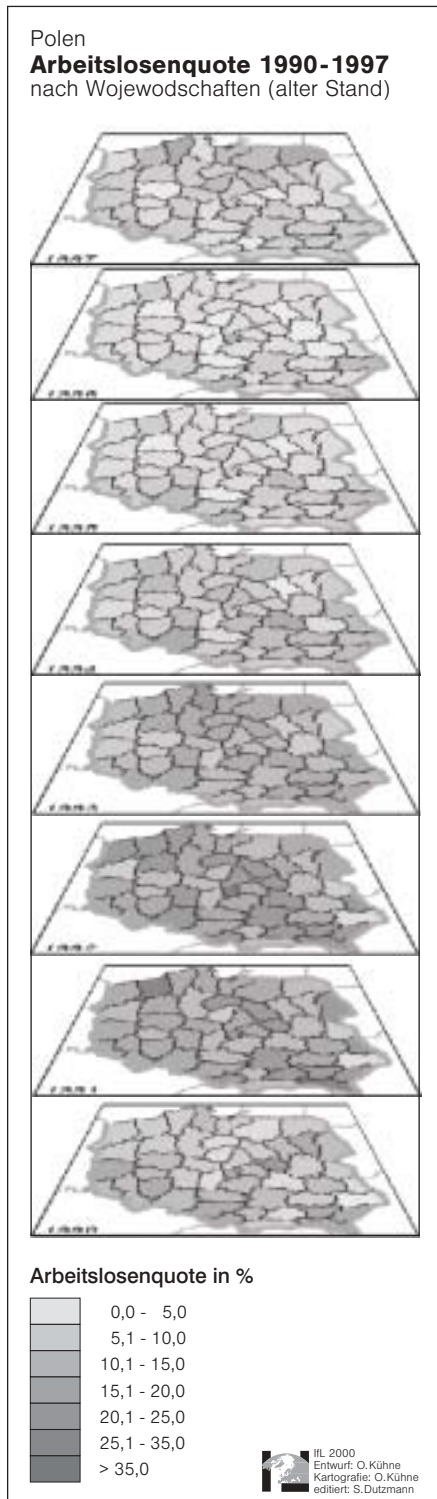


Abb. 6: Die Entwicklung der Arbeitslosenquote nach Wojewodschaften in den Jahren 1990-1997

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik statystyczny

sichtigkeit feststellen (FASSMANN 1995b und PÜTZ 1998):

- Unterentwickelte ländliche Gebiete in peripherer Lage. In Polen sind die Wojewodschaften im Nordosten des Landes betroffen (siehe Abb. 6).
- Alte monostrukturierte Industrie-

und Bergbauggebiete wie Lodz und Wałbrzych. Die staatliche Textilindustrie von Lodz leidet seit der marktwirtschaftlichen Öffnung unter dem Wegbrechen des ehemaligen RGW-Marktes und der Importkonkurrenz südost- und ostasiatischer Länder, so sank der Umsatz der Bekleidungsindustrie im Jahr 1990 um 52,1 % gegenüber dem Vorjahr (KWIATKOWSKI 1995a, S. 121). Aufgrund der peripheren Lage der Bergbau- und Schwerindustrieregion Wałbrzych und der schwachen Betriebsgründungstätigkeit blieben die Arbeitslosenraten auf einem konstant hohem Niveau, während die günstige Verkehrslage und vergleichsweise gut ausgebaute Infrastruktur der Wojewodschaft Kattowitz ausländische Investoren, insbesondere der Automobilindustrie, anzog (DOMAŃSKI 1998).

- Monostrukturierte Regionen mit "lokalen Beschäftigungskatastrophen". Es handelt sich hierbei um Regionen mit einem dominanten (Industrie-)Unternehmen, von dessen Prosperität ein überwiegender Teil der Erwerbsspersonen abhängig ist. Schließungen dieser Unternehmen können zu Zusammenbrüchen des regionalen Arbeitsmarktes führen. Beispiele hierfür sind die Schließung bzw. die Schrumpfung des LKW-Werkes in Starachowice, des Flugzeugmotorenwerkes in Mielec oder des Hütten- und des Baumaschinenwerks in Stalowa Wola.

Demgegenüber finden sich heute auch Regionen mit sehr geringer Arbeitslosigkeit. Hierbei handelt es sich insbesondere um stark urbanisierte Wojewodschaften mit einer breiten Vielfalt neu geschaffener Dienstleistungsunternehmen bzw. auch Unternehmen in Zukunftsbranchen des sekundären Wirtschaftssektors. Dies gilt in verstärktem Maße für Warschau, aber auch für Krakau und Posen, also Städte, in denen der überwiegende Teil des ausländischen Kapitals investiert wurde (TKACZYŃSKI 1997). Die Entwicklungsimpulse, die sich aus dem Transfer ausländischer Investitionen und Technologien für die genannten Regionen ergeben, verstärken die bereits vorhandene Polarisierung des polnischen Arbeitsmarktes, in denen die städtischen Wojewodschaften mit ihrer, sich immer stärker ausdifferenzierenden Wirtschaftsstruktur und

einem boomenden tertiären Wirtschaftssektor immer stärker entwickeln und somit die niedrigsten Arbeitslosenquoten aufweisen, während die Wachstumsimpulse in den ländlichen Wojewodschaften insbesondere im Osten des Landes durch ausländisches Kapital und Know-how ausbleiben und somit keine Stimulation der regionalen Arbeitsmärkte existiert, was durch die Marktfürne zur Europäischen Union noch verstärkt wird. Allgemein lässt sich zudem eine höhere Arbeitslosigkeit in den Provinzhauptstädten im Vergleich zum übrigen Gebiet der Wojewodschaft feststellen.

Während die städtischen Wojewodschaften, insbesondere Warschau, Krakau und Posen, in den vergangenen Jahren eine abnehmende Arbeitslosigkeit aufwiesen, ist die Arbeitslosenquote in den von Großbetrieben dominierten, ländlichen Wojewodschaften häufig sehr schwankend (Abb. 6 und Abb. 7). Diese Entwicklung ergibt sich aus der hohen Zahl instabiler Beschäftigungsverhältnisse auf dem Land, sowohl im dominierenden primären Wirtschaftssektor als auch in den übrigen Sektoren. Bei fortschreitender Entwicklung lässt sich dementsprechend eine verstärkte Stadt-Land-Disparität feststellen.

Auch im Verhältnis der Zahl der Arbeitslosen zu der Zahl der freien Arbeitsplätze zeigt sich eine deutliche räumliche Differenzierung: Während die städtisch dominierten Wojewodschaften mit stark diversifiziertem Arbeitsmarkt wie Warschau, Kattowitz, Krakau, Posen etc. (mit Ausnahme der Wojewodschaft Lodz) vergleichsweise viele freie Stellen aufweisen, ist dies in ländlichen Gebieten mit sehr monostrukturiertem, auf die Landwirtschaft ausgerichteten Arbeitsmarkt wie in den Wojewodschaften Ostrołęka, Łomża,

⁴ Die lineare Korrelation zwischen dem Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und dem Anteil weiblicher Erwerbsloser weist einen negativen Zusammenhang mit einem Bestimmtheitsmaß von $R^2 = 0,46$ auf. Die Regressionsgerade hat die Formel $y = -0,2067x + 66,812$, wobei $y =$ der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten (in % der Zahl der Erwerbstätigen) und $x =$ der Anteil weiblicher Erwerbsloser (in % der Erwerbslosen) darstellen.

⁵ Bezüglich der linearen Korrelation zwischen dem Anteil der in der Industrie Beschäftigten und dem Anteil weiblicher Erwerbsloser ergibt sich ein Bestimmtheitsmaß von $R^2 = 0,3812$. Die Regressionsgerade hat die Formel $y = 0,4861x + 49,424$, wobei $y =$ der Anteil der in der Industrie Beschäftigten (in % der Zahl der Erwerbstätigen) und $x =$ der Anteil weiblicher Erwerbsloser (in % der Erwerbslosen) darstellen.

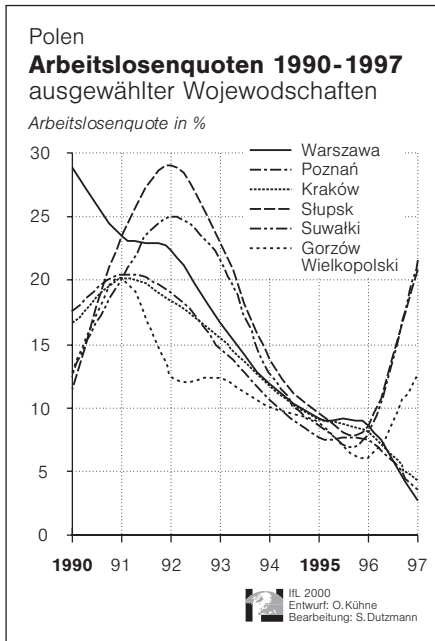


Abb. 7: Arbeitslosenquoten ausgewählter Wojewodschaften von 1990 bis 1997

Quelle: Główny Urząd Statystyczny 1991-1998: Rocznik statystyczny Warszawa, verschiedene Jahrgänge

Ciechanów u. a. nicht der Fall (KWIATKOWSKI 1995b).

GOLINOWSKA (1992, S. 462) weist darauf hin, dass das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen für ganz Europa, sowohl für Ost- als auch für Westeuropa, für den Beginn der 1990er Jahre charakteristisch ist. Gleichwohl es sich bei der Massenarbeitslosigkeit in Polen um ein vergleichsweise junges Phänomen handelt, so entspricht ihre Struktur doch weitgehend der der OECD-Staaten (DZIĘCIELSKA-MACHNIKOWSKA 1995 und OECD 1997):

- Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist ähnlich,
- der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit ist vergleichbar,
- das positive Gefälle der Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern komparabel, sowie
- es besteht sowohl in den OECD-Ländern als auch in Polen eine vergleichbare negative Korrelation zwischen Bildungsniveau und Gefährdung durch Arbeitslosigkeit.

Der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt bei 4,7 %, allerdings mit einer deutlichen regionalen Variabilität: Einen vergleichsweise hohen Akademikeranteil an den Arbeitslosenzahlen haben städtisch geprägte Wojewodschaften mit vielen Universitäten und Hochschulen: In der Wojewodschaft

Krakau weist der Anteil der Akademiker an der Gesamtzahl der Arbeitslosen einen Wert von 8,1 % auf, in der Wojewodschaft Kattowitz von 6,7 %. Gering ist der Anteil der Akademiker an der Gesamtzahl der Arbeitslosen insbesondere in den ländlichen, von landwirtschaftlichen Großbetrieben (ehemaligen Kolchosen) bewirtschafteten Wojewodschaften in Nordpolen: Sowohl in der Wojewodschaft Słupsk (Stolp) als auch in Koszalin (Köslin) beträgt er 3,0 %, was aus einem vergleichsweise geringen Akademikeranteil in der Bevölkerung dieser Landesteile resultiert.

Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit in Polen 1992 (24,1 % am Jahresende) hat sich aufgrund des raschen gesamtwirtschaftlichen Wachstums die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 1997 nicht nur stark verringert (10,3 % am Jahresende, die Arbeitslosenrate blieb mit 10,4 % am Jahresende 1998 auch im Folgejahr relativ konstant), sondern sie hat sich auch in ihrer regionalen Ausprägung stark verändert (Abb. 8). Besonders große Rückgänge der Arbeitslosigkeit haben städtische Wojewodschaften zu verzeichnen: Lodz (von 39,1 auf 10,9 %), Warschau (von 22,2 auf 2,7 %), Krakau (von 18,5 auf 4,1 %), aber auch die Wojewodschaft Kattowitz (von 21,9 auf 6,4 %). Relativ hoch blieb die Arbeitslosigkeit in dünnbesiedelten, vorwiegend in nördlichen Wojewodschaften, insbesondere dort, wo die Wirtschaftsstruktur kaum diversifiziert ist.

Für die späten 1990er Jahre lässt sich, aufgrund der bisherigen Befunde, folgende regionale Gliederung des polnischen Arbeitsmarktes feststellen (siehe Abb. 3):

- Typ A1: landwirtschaftlich dominierte Regionen Mittel- und Ostpolens mit monostrukturiertem, auf den primären Wirtschaftssektor ausgerichteten Arbeitsmarkt, aber aufgrund der hohen Zahl an privaten Kleinbetrieben vergleichsweise geringer Arbeitslosenquote mit unzureichender sekundär- und tertiärwirtschaftlicher Ausstattung und geringen Löhnen und Gehältern sowie einer hohen Frauenerwerbsquote (Wojewodschaften Tarnobrzeg, Zamość, Przemyśl);
- Typ A2: übrige landwirtschaftlich dominierte Regionen mit monostrukturiertem, auf den primären Wirtschaftssektor ausgerichteten Ar-

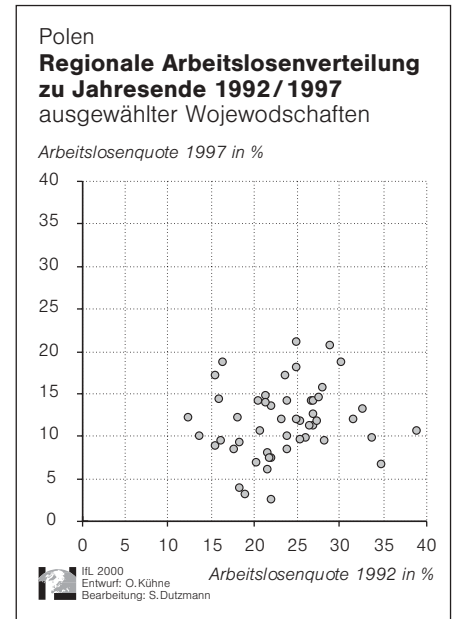


Abb. 8: Regionale Arbeitslosenverteilung nach Wojewodschaften in Prozent zu Jahresende

Quellen: Główny Urząd Statystyczny 1993, S. 123 und Główny Urząd Statystyczny 1998, S. LXVIII-LXXV

beitsmarkt und einer hohen Arbeitslosenquote aufgrund der hohen Zahl an Großbetrieben und Maßnahmen der Produktivitätssteigerung infolge der wirtschaftlichen Transformation in großer Zahl freigesetzten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, mit unzureichender sekundär- und tertiärwirtschaftlicher Struktur und in der Regel unterdurchschnittlichen Löhnen und Gehältern (Wojewodschaften Słupsk, Olsztyn (Allenstein), Suwałki);

- Typ B1: industriell dominierte, städtische Regionen mit einer von Altindustrien dominierten Wirtschaftsstruktur und infolge der von der Wirtschaftstransformation großen Zahl freigesetzter Industriearbeitskräfte mit unzureichender tertiärwirtschaftlicher Struktur und einer hohen Arbeitslosenquote sowie unterdurchschnittlichen bis durchschnittlichen Löhnen und Gehältern (Wojewodschaft Wałbrzych);
- Typ B2: industriell dominierte, städtische Regionen mit einer von Altindustrien dominierten Wirtschaftsstruktur, einer großen Zahl freigesetzter Industriearbeitskräfte und durch Subventionen geschützte Arbeitsplätze, aber einem sich entwickelnden tertiären Wirtschaftssektor und einem sich modernisierenden sekundären Wirtschaftssektor mit

einer mittelhohen Arbeitslosenquote sowie einem meist überdurchschnittlichen Lohn- und Gehaltsniveau sowie einer geringen Frauenerwerbsquote (Wojewodschaft Kattowitz);

- Typ C: städtische Regionen mit einer stark tertiärwirtschaftlich ausgerichteten Struktur, aber auch stark entwickeltem sekundären Wirtschaftssektor und, aufgrund des raschen Modernisierungsprozesses, geringer Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich hohen Löhnen und Gehältern (Wojewodschaften Warschau, Krakau, Posen) sowie
- Typ D: Regionen mit ausgeglichener Wirtschaftsstruktur, mäßiger Bevölkerungsdichte und mittelhoher Arbeitslosigkeit und einem vorwiegend durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsniveau (Wojewodschaft Opole (Opole)).

Die bereits 1995 von GAWROŃSKA getroffene Feststellung geringer Entwicklungschancen für primär- und sekundärwirtschaftlich monostrukturierte bzw. dominierte Wojewodschaften kann bei ausbleibender staatlicher Unterstützung des Strukturwandels auch weiterhin Geltung finden.

Sozioökonomische Folgen der Arbeitslosigkeit

Die polnische Bevölkerung kannte 45 Jahre lang keine (offene) Arbeitslosigkeit, dadurch war sie von den sozialen Folgen wie der materiellen, kulturellen, sozialen und moralischen persönlichen Degradation durch die neue Situation stark betroffen (DZIECIELSKA-MACHNIKOWSKA 1994).

In den beginnenden 1990er Jahren wurde die Arbeitslosigkeit zu dem größten sozialen Problem, besonders betroffen waren zunächst die polnischen Großstädte bzw. städtischen Wojewodschaften (siehe Abb. 6). Die hohe Arbeitslosigkeit begründete ein unkontrolliertes Wachstum des informellen Wirtschaftssektors, zunehmende Abfallsammlung, den Anstieg der (organisierten) Kriminalität etc. Ein anderes Problem stellen Engpässe in der medizinischen Versorgung und bei den Bildungseinrichtungen dar, die auf die angespannte Haushaltslage, zunächst insbesondere der Städte und später des gesamten Staates, zurückzuführen sind. Überwiegend in großen Städten kam es sogar zu Schließungen von Krankenhäusern, Schulen,

Kindertagesstätten, öffentlichen Bibliotheken etc. (JURCZYŃSKA 1992). Verstärkt wurden die sozialen Folgen des schockartigen Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft durch den weitgehenden Verzicht auf sozialpolitische Elemente im überwiegend neoliberal ausgerichteten Balcerowicz-Programm. So erhielten 1997 nur 30,7 % der Arbeitslosen in Polen eine staatliche Unterstützung.

Aufgrund der großen Bedeutung, die den Unternehmen in der sozialistischen Sozialpolitik zukam, führte die Härtung von Budgetrestriktionen der Unternehmen zu erheblichen Konsequenzen in der Sozialpolitik, die darin begründet sind, dass Unternehmen, die dem internationalen Wettbewerb unterliegen, nicht in der Lage sind, weiterhin kostenintensive Sozialleistungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen (HEINRICH und KOOP 1996). Besonders betroffen waren hiervon die Arbeitsplatzgarantien.

Eine der Folgen der hohen Arbeitslosigkeit und der unsicheren Rechtsverhältnisse war die florierende Schattenwirtschaft in Polen in den beginnenden 1990er Jahren. Nach amtlichen Schätzungen entfiel möglicherweise nahezu ein Fünftel des amtlich verzeichneten BIP auf den informellen Wirtschaftssektor, seit 1993 nahm der relative Umfang der Schattenwirtschaft jedoch wieder ab. Erfolgreiche Kleinunternehmer sind nicht mehr in der Lage, im Verborgenen tätig zu sein, zudem werden Schwarzunternehmer durch Effizienzsteigerungen und durch das Schließen von Versorgungslücken mittels amtlich registrierter Unternehmen zunehmend verdrängt (OECD 1997). Ferner wurden die vielfältigen unlicenzierten Straßenhändler zu Beginn der 1990er Jahre schlechthin durch die Behörden geduldet, da sie eine Konkurrenz zu den monopolistisch agierenden Einzelhandelsgenossenschaften darstellten. Dennoch waren noch 1995 nahezu 10 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Schattenwirtschaft beschäftigt (PÜTZ 1998).

Mit der Transformation entwickelte sich zunehmend ein Gefälle zwischen den einzelnen Einkommensgruppen: Die Einkommen der Selbständigen liegen weit über dem Durchschnitt, die der Sozialhilfeempfänger weit darunter. Im Vergleich zu der Vortransformationszeit (1987) verschlechterten sich die relativen Einkommensverhältnisse der

Bauern und Rentner, während sich die von Arbeitern und Arbeiterbauern relativ verbesserten. Für die Entwicklung verstärkter Diskrepanzen in der Einkommensverteilung ist auch die verbesserte Honorierung besserer Bildungsgrundlagen verantwortlich: Die sozialistische Lohnhierarchie wurde revidiert, indem die relativen Löhne von Arbeitern mit Berufsschulbildung hinter die von Hochschulabsolventen zurückfielen. Die Gehälter der Hochschulabsolventen in der Privatwirtschaft haben sich gegenüber denen im öffentlichen Sektor deutlich erhöht. Verbesserte Einkommensaussichten sind für das Ansteigen der Studentenzahlen an polnischen Hochschulen mitverantwortlich.

Auch unter Berücksichtigung der Schwierigkeit Armut zu messen⁶, lässt sich eine Verdopplung der Zahl der in Armut lebenden Menschen bereits zwischen Ende der 1970er und Ende der 1980er Jahre feststellen. Bis zu den beginnenden 1990er Jahren erfolgte eine erneute Verdoppelung, seitdem ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen wieder rückläufig. Armut ist in Polen ein meist vorübergehendes Phänomen, wie die hohe Fluktuation innerhalb der als arm eingestuften Bevölkerung, und Armut droht also gemeinhin nicht zum Dauerzustand zu werden. Wie in anderen Transformationsstaaten sind in Polen Sozialhilfeempfänger, Großfamilien, Landbewohner und Personen mit geringer Schulbildung von der Armut betroffen. Für ältere Menschen gilt dies jedoch nur in unterdurchschnittlicher Weise, während dies bei Haushalten mit mindestens einem arbeitslosen Haushaltsmitglied überdurchschnittlich der Fall ist (OECD 1997).

Die bereits angesprochene angespannte Haushaltslage lässt sich darauf zurückzuführen, dass es nach einer ersten Phase sinkender Budgetdefizite zu

⁶ Armut wird meist anhand der Zahl der Personen ermittelt, deren Lebensstandard unter einer bestimmten Schwelle liegt oder kumulativ anhand der fehlenden Einkommensanteile der unter dieser Schwelle einzustufenden Personen. Die Schwelle, die sogenannte Armutsgrenze, lässt sich sowohl einkommens- als auch ausgabenbezogen definieren. Sie kann prozentual zum nationalen (oder regionalen, kommunalen etc.) Durchschnitt, als relatives Konzept, sowie ausgabenbezogen anhand eines Warenkorb (absolutes Konzept) festgelegt werden. Zudem ist eine Festlegung auf ein lebensnotwendiges Mindestmaß (Überlebenskonzept) oder auf einen gewissen, sozial akzeptierten Mindestlebensstandard möglich (OECD 1997, S. 108).

Beginn der Transformation, induziert durch eine restriktive Ausgabenpolitik und eine Streichung der Subventionen, im weiteren Verlauf der Transformation zu einem Anstieg der Budgetdefizite kam, der durch eine sinkende Wirtschaftsaktivität und eine fallende Produktivität der Unternehmen hervorgerufen wurde. Weitere Gründe für steigende Budgetdefizite liegen in den sinkenden Steuereinnahmen, verursacht durch die steuerliche Begünstigung privater Unternehmen, welche "in der steuerschonenden Behandlung der Gewinne oft sehr geschickt agieren" (FASSMANN 1995b), wie auch in den ansteigenden Leistungen öffentlicher Haushalte aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit.

In den Jahren 1994 und 1995 wuchs die polnische Wirtschaft mehr als doppelt so schnell wie die der OECD-Länder (OECD 1997). Dennoch liegt die ökonomische Zukunftsfähigkeit eines Landes nicht allein im gegenwärtigen Wirtschaftswachstum. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die auf die Bereiche Forschung und Wissenschaft entfallenden Investitionen. Der prozentuale Anteil am Bruttoinlandsprodukt der betreffenden Bereiche erreichte 1995 in Japan 3,0 %, in den USA 2,8 %, in Deutschland 2,5 %, in Frankreich 2,4 % und in Großbritannien 2,2 %, während er in Polen bei 0,66 % lag (TKACZYŃSKI 1997). Auch die Ausgaben des polnischen Staates pro Wissenschaftler sind sehr gering, wie *Abbildung 9* verdeutlicht. Die chronisch mangelnde Investitionsbereitschaft in Bildung und Wissenschaft seitens der polnischen Gesellschaft verdeutlicht den anhaltenden technologisch-wissenschaftlichen Rückstand Polens. Dies wird sich im Zuge der Weiterentwicklung der polnischen Wirtschaft zunehmend als Standortnachteil für Unternehmen gehobener Dienstleistungen und moderner, nicht-standardisierter Produkte erweisen. Für den Arbeitsmarkt lässt sich weiterhin ein Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland prognostizieren.

Neben den vergleichsweise geringen Löhnen und Gehältern in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten Polens und den dort in der Regel fehlenden Entwicklungsimpulsen insbesondere im tertiären, aber auch im sekundären Wirtschaftssektor (push-Faktoren) führt dies neben einer anhaltenden Binnenwanderung zu einer verstärkten

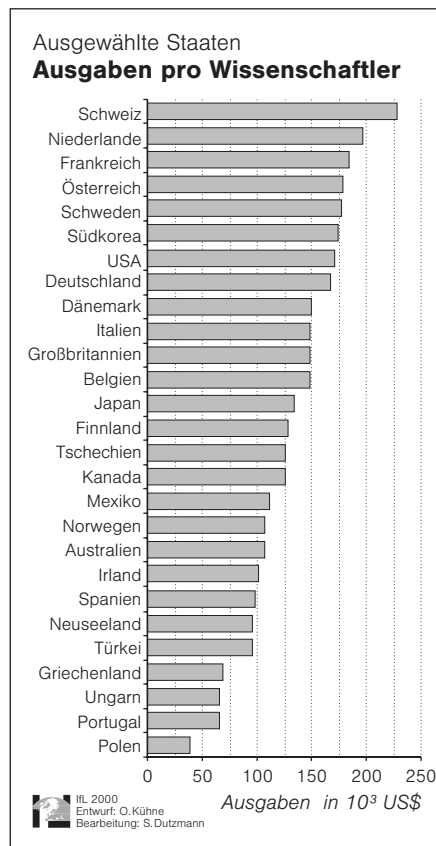


Abb. 9: Die Ausgaben ausgewählter Staaten pro Wissenschaftler

Quelle: KASTORY 1999, S. 76

Pendlerwanderung in Richtung der industriellen und tertiärwirtschaftlichen Zentren des Landes mit einer geringen Arbeitslosigkeit und einem hohen Lohn- und Gehaltsniveau (pull-Faktoren) und verschärft die dort existierenden Probleme wie Wohnraummangel, unzureichend ausgebaute Nahverkehrssysteme, massive Umweltverschmutzung etc. (näheres hierzu siehe bei KÜHNE 1999). Insbesondere in den westpolnischen Wojewodschaften mit einem, auch in Polen, vergleichsweise geringen Lohn- und Gehaltsniveau und einer hohen Arbeitslosigkeit weist der deutsche Arbeitsmarkt mit guten Einkommensaussichten eine hohe Attraktivität auf.

Literatur

BOSSAK, J. (1995): Poland. International economic report 1994/95. Warszawa.
 DELHAES, K. v. (1991b): Wachstum und Struktur der Volkswirtschaft. In: WÖHLKE, W. (Hrsg.) (1991): Länderbericht Polen. Schriftreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 296. Bonn, S. 278-285.
 DOMAŃSKI, B. (1998): Gliwice/Gleiwitz, Oberschlesien: Erfolgssuche in einer

Problemregion. In: Geographische Rundschau, Jg. 50, H. 1, S. 35-41.

DZIĘCIELSKA-MACHNIKOWSKA, S. (1994): Bezrobocie w małych rodowiskach lokalnych. In: DZIĘCIELSKA-MACHNIKOWSKA, S. u. G. MATUSZAK (Hrsg.) (1995): Bezrobocie nowym problemem polskiego pracownika. Łódź, S. 3-53.
 FASSMANN, H. (1995a): Massenarbeitslosigkeit in Ostmitteleuropa. In: FASSMANN, H. u. E. LICHTENBERGER (Hrsg.) (1995): Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, S. 105-112.
 FASSMANN, H. (1995b): Transformationsprobleme und gesellschaftliche Konsequenzen. In: FASSMANN, H. u. E. LICHTENBERGER (Hrsg.) (1995): Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, S. 16-26.
 FASSMANN, H. u. P. MEUSBURGER (1997): Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext. Stuttgart.
 GAWROŃSKA, B. (1995): Analiza regionalnych rynków pracy w Polsce w latach 1992-1994: In: KWIATKOWSKI, E. (Hrsg.) (1995): Bezrobocie regionalne w Polsce w okresie transformacji, Łódź, S. 29-52.
 Główny Urząd Statystyczny (1998): Rocznik statystyczny. Warszawa.
 Główny Urząd Statystyczny (1999): Rocznik statystyczny. Warszawa.
 HEINRICH, R. u. M. KOOP (1996): Sozialpolitik im Transformationsprozeß Mittel- und Osteuropas. Tübingen.
 JURCZYŃSKA, E. (1992): Sustainable development and the future of Polish cities. In: HAMM, B., G. ZIMMER u. S. KRATZ (Hrsg.) (1992): Sustainable development and the future of cities. Trier, S. 109-120.
 KASTORY, B. (1999): Szare komórki do wynajęcia. Dlaczego młodzi, uzdolnieni rezygnują z karier naukowych? In: Wprost. H. 41/99, Poznań, S. 76-77.
 KÜHNE, O. (1999): Transformation und Umwelt in Ostmitteleuropa. Das Beispiel Polen. In: Osteuropa, Jg. 49, H. 11/12, S. 1244-1259.
 KUKLIŃSKI, A., A. MYNC u. R. SZUL (1990): Warschau als Globalstadt: Entwicklungsperspektiven. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1990): Stadtforschung in Ost und West. Perspektiven und Möglichkeiten der Kooperation der großen Zentren in Europa, Hannover, S. 35-56.
 KWIATKOWSKI, E. (1995): Zróżnicowanie bezrobocia regionalnego a regionalna struktura zatrudnienia w Polsce. In: KWIATKOWSKI, E. (Hrsg.) (1995): Bezrobocie regionalne w Polsce w okresie transformacji, Łódź, S. 7-28.
 OECD (1997): Wirtschaftsberichte Polen. Paris.
 PÜTZ, R. (1998): Polen im Transformationsprozeß. In: Geographische Rund-

schau, Jg. 50, H. 1, S. 4-11.
TKACZYŃSKI, J. (1997): Polen im Umbruch.
Skizzen aus Geschichte, Wirtschaft und
Politik. Berlin.

Dr. OLAF KÜHNE,
Johannes Gutenberg-Universität,
Geographisches Institut,
Becherweg 21,
55128 Mainz.